

Volkswacht

für Schlesien

den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Abzugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und in durch die Haupt-Expeditoren: Burckhardt & Co. durch die Handlungen des „Volkswacht“, Neue Graupenstr. 6 und Friedrichs-Str. 106, Matthiasschloß 155, sowie durch alle Abnehmer zu beziehen. Einzelheft 10 Pf., monatlich 1,75 RM., 3 Monate 5,25 RM., 6 Monate 10,50 RM., monatlich 1,75 RM. + 35 Pf. Zr. Zr. durch die Post einfl. Zustellungsgebühren 3,46 RM.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21736
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je 1000 Zeichen für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf., Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellenangebote, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das teils Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expeditoren-Bürostraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Anwerblang: eingekaufte Manuskripte werden nur zurückgegeben, wenn Rückporto beiliegt

Die Internationale zur Weltwirtschaftskrise

Ueberflus an Waren, große Not der Arbeitermassen, das ist das Ergebnis der kapitalistischen Wirtschaft

Berlin, 12. Mai. (Eigener Bericht.)

Die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale beschäftigte sich am Montag eingehend mit der Lage in Russland und der Kriegsgefahr im Osten. Die Debatte führte zur Einsetzung einer Kommission, die am Dienstag ihren Bericht erstatten wird. Über die Probleme der Weltwirtschaft und die Weltwirtschaftskrise wurde nach einem Bericht von Grimme (Weiz) einstimmig folgende Resolution angenommen:

Die internationale Wirtschaftskrise zeigt, daß die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise immer mehr unvereinbar mit den Lebensinteressen der Arbeitermassen aller Länder. Die Lebensmittelpreise sind voll. Aber die kapitalistische Produktion der Weltwirtschaft macht die reichliche Versorgung der Welt mit Lebensmitteln zur Quelle einer zerstörenden Krise der Weltwirtschaft.

Die industrielle Nationalisierung steigert in ungeheurer Weise die Produktivität der Arbeit. Aber die kapitalistische Produktion der Weltwirtschaft macht die Steigerung der Produktivität der Arbeit zu einer Quelle unerhörter Arbeitslosigkeit.

Die internationale Krise wird noch verschärft durch die Politik des Protektionismus sowohl auf dem europäischen Kontinent als auch in den Vereinigten Staaten.

Die Kapitalistenklasse nützt die Krise aus zum Druck auf die Arbeiterklasse, zu reaktionären Vorstößen gegen die Arbeitslosenversicherung und gegen die Arbeiterjugend-Gesetzgebung, zur Revision der Steuerherrschaft.

Die S.A.I. fordert die sozialistischen und Arbeiterparteien auf, sich diesen reaktionären Vorstößen als auch den Organen des Protektionismus den stärkstmöglichen Widerstand entgegenzusetzen.

Während Millionen Arbeiter und Angestellte arbeitslos sind, werden die beschäftigten Arbeiter und Angestellten durch die Nationalisierung zu immer erschöpfenderer Anspannung ihrer Kräfte und Nerven angetrieben. Dieser Widerspruch wird die Arbeiterklasse zwingen, den Kampf um die internationale Herabsetzung der Arbeitszeit unter die 48stündige Arbeitswoche hinabzuführen.

Dieser Kampf setzt jedoch voraus, daß der Achtstundentag, das Resultat der vergangenen Kämpfe um die Verkürzung der Arbeitszeit und der Ausgangspunkt der kommenden Kämpfe die künftige weitere Herabsetzung der Arbeitszeit, gesichert werden.

Die S.A.I. erinnert daher alle ihre Sektionen an die Notwendigkeit, alle Möglichkeiten auszunutzen, um die Ratifizierung der Konvention von Washington durchzusetzen.

Zu übrigen erwartet die S.A.I., daß alle Sektionen die internationale Wirtschaftskrise ausnützen werden, um die arbeitenden Massen aller Länder mit dem Bewußtsein der Notwendigkeit des Kampfes gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung, mit dem Willen zum Kampfe für die sozialistische Organisation der Weltwirtschaft zu erfüllen.

Die Exekutive beschloß ferner, zum zehnten Jahrestag der Konstituante in Litauen, den 15. Mai, den Sozialisten und die anderen Linksparteien feierlich begehren, die Exekutive als Vertreter der Internationale nach Kowno zu entsenden. Auf Antrag des Büros wurde beschlossen, den nächsten Internationalen Kongress Ende Juli 1931 nach Wien einzuberufen. Die nächste Exekutivtagung wird Ende August 1930 in Zürich stattfinden. Zu Mitgliedern des Büros der Internationale wurden an Stelle von Cramp Gillies (Großbritannien) und an Stelle von Bliegen Albarba (Holland) gewählt. In die Kommission zur Untersuchung der Lage der politischen Gefangenen wurden gewählt für England und Czech die Genossen Compton und Laub. Für die Abwesenheit des Vorsitzenden der Exekutive, Wandervelde, der eine Studienreise nach China unternimmt, wurde de Brouckere mit seiner Stellvertretung ernannt.

Der Vorschlag der Kommission zur Abänderung des Beitragsplans der Internationale wurde angenommen.

Massenkundgebung zu Ehren der Internationale

Berlin, 13. Mai. (Eig. Funkbericht.) Am Montagabend veranstaltete die Berliner Sozialdemokratie anlässlich der Tagung des Exekutivkomitees der Arbeiter-Internationale zu Ehren der Mitglieder dieses Komitees und der Internationale eine überaus wichtige Massendemonstration. Redner der Arbeiterbewegung aus den verschiedensten europäischen Ländern kamen zu Wort und betonten ihre Solidarität mit der täglich wachsenden deutschen Sozialdemokratie.

Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der Internationale, der französische Arbeiterführer Wandervelde, führte aus:

„Die Internationale grüßt in der deutschen Sozialdemokratie die größte politische Partei der Welt, die Schulter an Schulter mit den Bruderparteien für die hohen Ideale des ersten Mai, für Arbeiterbefreiung und Weltfrieden kämpft. In Hamburg wurden von den Sozialisten die Grundlagen eines fähigen und festen Friedens beschlossen und die sozialdemokratische geleitete Regierung Müller war es, die Deutschland die Liquidation des Weltkrieges brachte. Wir freuen uns, daß die fremden Garnisonen aus Deutschland verschwinden und deutsches Gebiet wieder frei wird. Der Friede darf kein Wort bleiben; wir verlangen die moralische und rechtliche Verantwortung des Krieges; wir fordern die Abrechnung auch der Sieger als Beweis ihrer Aufrichtigkeit. Wir beklagen das Scheitern der Abrüstungsversuche und wir freuen uns über die Gemeinsamkeit der Bemühungen der Sozialisten in Deutschland, Frankreich, England und Belgien für wahre Abrüstung im Kampfe gegen die Flottenausrüstung, gegen Grenzbefestigungen, gegen Panzerkreuzer zu sorgen. Die Massen aller Völker müssen hinter der Internationale stehen, der Leidenen, der Streikenden und der triumphierenden Internationalen. Die Straße, in der wir weilen, heißt nicht umsonst „Neue Welt“. Wir schaffen diese neue Welt.“

Krawall im Provinzial-Landtag

Nazi-Franke spricht von sozialdemokratischen Zuhälterdiensten - Sozialdemokraten verhindern Weiterreden - Bürgerliche Hilfsleistung (Siehe 1. Beilage, 4. Seite.)

Außer Wandervelde sprachen noch zehn Redner. Ihnen allen dankte der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Otto Weiskopf, mit folgenden Worten: „Wir danken für die vielen Komplimente, die unsere ausländischen Freunde uns gemacht haben. Aber wir lassen uns durch diese Worte nicht in eine Jubelstimmung bringen. Es ist noch viel zu tun, und die Zeit ist ernst. Je schärfer der Wind weht, um so entschlossener stehen wir da. Erziehen, Arbeiten, Schulen für den Kampf um die politische und wirtschaftliche Macht im Sinne der Sozialdemokratie heißt unsere Aufgabe. Es ist schon vieles erreicht. Als vor dem Kriege Albert Thomas, heute Direktor des Arbeitsamtes am Völkerring, hier, in der Hofenheide sprechen wollte, verbot es Bülow und sagte: „Die deutsche Politik wird jetzt nicht in der Hofenheide gemacht.“ Heute sprechen hier die Vertreter der Arbeiterinternationale. Sollten wir deutschen Sozialisten nächsten an die Wahlurnen treten, dann sorgen wir für den Ausbau der deutschen Republik im Geiste der sozialistischen Internationale.“

Hendersons Vermittlungsaktion

zwischen Frankreich und Italien in Genf

Genf, 12. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Der englische Außenminister Henderson hatte am Montag eine längere Besprechung mit dem französischen Außenminister Briand und dem Leiter der italienischen auswärtigen Politik Grandi.

Vor Pressevertretern erklärte Henderson nach dieser Besprechung, daß sie den Arbeiten der vorbereitenden Abrüstungskommission gegolten habe. Es sei zweckmäßig, diese Konferenz für November einzuberufen. Im übrigen erklärte Henderson auf Anfrage, daß es unnatürlich sei, wenn der französische und italienische Außenminister unabhängig ihrer Anwesenheit in Genf nicht über die zwischen Italien und Frankreich bestehenden Gegensätze konferieren würden. Soweit er etwas zur Überbrückung dieser Meinungsverschiedenheiten beitragen könne, werde das geschehen.

Am Dienstag folgt eine Aussprache zwischen dem französischen Außenminister Briand und dem Reichsaussenminister Dr. Curtius. Die Meldungen, nach denen später zwischen Curtius und Grandi eine Aussprache über die künftige deutsch-italienische Zusammenarbeit stattfinden soll, werden demontiert. Es sei bisher noch von keiner Seite zu einer derartigen Aussprache auch nur eine Anregung gegeben worden.

Paris, 13. Mai. (Eig. Funkbericht.) In ständiger Enttäuschung berichtet die Pariser Presse über die Verhandlungen zwischen Briand und Grandi in Genf. Die Verhandlungen sind aufgebrochen worden, aber hat eine praktische Aufnahme der in London abgebrochenen französisch-italienischen Verhandlungen zunächst nicht zu denken ist.

Sozialetat im neuen Kurs

Von E. Aufhäuser.

Die wenigen Wochen, in denen bisher das Kabinett Brüning-Schiele seine Regierungsfunktion ausgeübt hat, zeigen bereits mit unverkennbarer Deutlichkeit den Kurs des Bürgerblocks. Die Gestaltung der Reichsfinanzen ist Gegenstand einer scharfen Auseinandersetzung zwischen den sozialen Klassen geworden, wobei das Kabinett Brüning eine ausgeprägte arbeitgeberfeindliche Haltung einnimmt. Die Verabschiedung der Zoll- und Steuergeetze bildeten bereits vor Östern einen schweren Angriff auf die Lebenshaltung und den Lebensspielraum der breiten Volksschichten. Ausnahmegeetze gegen die Konjunktionsgesellschaften trübten diese Aktion gegen die in ihrer Kaufkraft ohnehin bedenklich gelichtete Verbraucherschaft. Diese ersten Handlungen der neuen Regierung gleichen einem bunten Mosaik von Liebesgaben der verschiedensten Art an all die Gruppen und Gruppchen der hinter und um die Regierung stehenden Interessensgruppen der Bestehenden. Jede Schicht des Bürgertums will ihren Vorteil, ihre Bezahlung für regierungstreues Verhalten haben. Aus der Sammlung des Bürgertums ist eine Atomisierung des politischen Lebens entstanden, die in Parteien, Fraktionen, Bergweilung und Selbstbetäubung ihren Ausdruck findet. Jeder Teil dieses Regierungsblochs sucht das eigene Ich, keiner findet politische Gesamtform eines demokratischen Staatsweins, keiner findet den Weg zur wirtschaftlichen und geistigen Verbundenheit der Menschen. Einig ist das Bürgertum lediglich in der Absicht, die aufstrebende Arbeiterklasse im neuen Volkstaat aus ihren gemommenen Positionen politischer und sozialpolitischer Art zu verdrängen.

Kampf jeder antikapitalistischen Regierung, das war die Parole des volksparteilichen Führers Scholz in Manuheim bei seinem vorübergehenden Besuche zur Republik. Im ersten Teil dieser Bürgerblockaktion sind die steuerlichen und zollpolitischen Massenbelastungen der werktätigen Schichten bereits verwirklicht worden. Nun beginnt, nachdem die Bestehenden bei den Reichseinnahmen äußerster Schonung erfahren haben, bei der Ausgabenreduzierung die Sparpolitik auf Kosten der sozialbedürftigen und unerschuldet in Armut geratenen Volksteile. Die Etatberatungen werden zum heiligen Krieg der Arbeit. Der neue Reichsarbeitsminister Stegerwald, der berufen wäre, gleich seinem Vorgänger, den Sozialetat zu halten, schweigt, während der Finanzminister in seiner Etatsrede vom 2. Mai gegen die Auffassung, Stellung nahm, als könnte die Fürsorge für den Einzelnen Sache des Staates sein. „Der Einzelne muß zum Gedanken der Selbsthilfe erzogen werden.“

Um diese Erziehung wirksam leisten zu können, ist in der öffentlichen Meinung die Auffassung genährt worden, als wäre der Sozialetat die Ursache alles Übels in den Reichsfinanzen. Das Gesamtbild des Reichsetats zeigt, daß in den Ausgaben die inneren und äußeren Kriegslasten sowie die Ueberweisungen an die Länder weitaus mehr ausmachen, als die unmittelbaren eigenen Reichsausgaben. Die Sanierung würde also durch Streichungen bei den Sozialausgaben des Reiches in keinem Falle erzielt werden können. Wohl aber muß die Kürzung der Etatmittel für das Reichsarbeitsministerium immer wieder höhere Sozialausgaben der Länder und Gemeinden nach sich ziehen und damit die Anforderungen der Länder an das Reich weiter steigern.

Aber auch im Rahmen der eigentlichen Reichsausgaben war der Etat des Reichsarbeitsministeriums bisher in angemessenen Grenzen gehalten, wenn man bedenkt, daß in diesem Sozialetat der Ausgabe für all die Kriegsschäden liegt, die sich heute noch in größtem Umfang in der durch den dreieinhalbjährigen Weltkrieg und die Nachkriegszeit (Inflation usw.) äußerst geschwächten Volksgesundheit auswirken.

Der Sozialetat müßte angesichts des Anwachsens der Zahl der Erwerbstätigen und der fürchterlichen Folgen einer fortschreitenden Nationalisierung ausgebaut werden. Es zeugt von der sozialreaktionären Einstellung der herrschenden Staatsgewalt, daß die Ersparnispolitik der Brüning, Schiele und Treviranus an den Sozialbedürftigen vorgenommen wird, während zur Subventionierung der Agrarier Hunderte von Millionen bereit gestellt werden.

Im neuen Etat ist von der Ersparnispolitik weder im Reichswirtschaftsrat, noch im Reichsetat, noch bei den Pensionskürzungen etwas zu verspüren, dagegen scheint die von Herrn Molkenhauer erneut versprochene Steuerentlastung für die Bestehenden durch Einsparungen an den Sozialrentnern erstrebt werden zu sollen.

Die ausgesprochen antisoziale Einstellung des Kabinetts Brüning offenbarte sich am deutlichsten in der Tatsache, daß die agrarischen Schußzölle um Hunderte von Millionen erhöht, dagegen die Ueberweisung aus den Zolleinnahmen an die Invalidenversicherung für 1930 von 40 auf 20 Millionen gekürzt worden sind. Es war der heutige Reichsarbeitsminister Stegerwald, der 1925 gelegentlich der damaligen Zollerhöhung das Gesetz eingebracht hatte, aus den Zolleinnahmen jährliche Beiträge von 40 Millionen Mark an die Invalidenversicherung zum Zwecke der Heil- und Kinderfürsorge usw. zu gewähren. Es ist heute derselbe Sozialminister des Zentrums, der bei unerhöht gesteigerten Zolleinnahmen den Invaliden die Hälfte jener Beihilfe brutal entzieht.

Während ferner der Reichswirtschaftsrat um etwa 40 Millionen Mark (ohne Panger-B) erhöht wird, soll gleichzeitig der Reichszuschuß zur Familienwochenhilfe von 32 auf 15 Millionen Mark gekürzt werden. Das Reich hat heute nach § 205 der Reichsversicherungsordnung die gesetzliche Pflicht der bisherigen Zulieferleistung übernommen. Die einstigen Gewerkschaftsfunktionäre Bruning und Stegerwald haben sich nicht im Reichshausparlament 1930 (§ 9) diese Pflicht aufzuheben, indem Herr Stegerwald dort attestieren läßt: „Der Reichsarbeitsminister kann dabei von § 205 d. der Reichsversicherungsordnung abweichen.“

Breslauer Nachrichten

Theodor Hort

Ein alter Breslauer Kämpfer der Deutschen Sozialdemokratie 1830 — 13. Mai — 1930

Zum 100. Geburtstag

Heute fahrt sich zum 100. Male der Tag, daß Theodor Hort, ein alter Mitbegründer der deutschen Sozialdemokratie und späterer Führer der Breslauer Gewerkschaftsbewegung in unserer Stadt zu Breslau am 13. Mai 1830 das Licht der Welt erblickte. Als Tischlergeselle durchwanderte er zunächst einmal Ostpreußen und Deutschland und ließ sich dann in Harburg nieder. Bald war er hier der anerkannte Führer des radikalen Flügel des Arbeiterbildungsvereins in Hannover geworden. So beteiligte er sich an der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, und war bis zum Jahre 1869 Mitglied des Vorstandes. Infolge des bekannten Konflikts mit dem damaligen Präsidenten August Bebel trat Hort gemeinsam mit Wilhelm Brade und August Bebel aus dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein aus und gründete mit diesem und August Bebel, Wilhelm Liebknecht u. a. m. die alte sozialdemokratische Arbeiterpartei. Von 1871 an war Hort der Sekretär der im gleichen Jahre neu gegründeten Partei. Zur selben Zeit leitete er die Gewerkschaft der Holzarbeiter und Tischler. Im Interesse der gesamten Gewerkschaftsbewegung schuf er die „Union“ und rief auf den damals einberufenen Gewerkschaftskongressen in Erfurt und Nürnberg in den Jahren 1872 und 1873 eine Zentralisation der verschiedenen Gewerkschaften ins Leben. 1873 sah er sich infolge eines hartnäckigen Interesselensens gezwungen, seine Stellung als Parteisekretär aufzugeben. 1874 kandidierte er im 22. sächsischen Wahlkreis für den Reichstag, allerdings mit negativem Erfolge. Hort aber hatte doch noch die große und befriedigende Genugtuung an der ersten vertraulichen Einigungsbesprechung zwischen dem Ausschuss von Vertretern der „Eisenacher“ und „Lassalleaner“ teilzunehmen zu dürfen, ohne jedoch die endgültige Verschmelzung auf dem Vereinigungskongress der deutschen Sozialdemokratie zu Göttingen im Jahre 1875 selbst noch mit zu erleben. Theodor Hort starb am 21. Dezember 1874.

Aus der Wahlordnung für die Elternbeiräte

Die in der Wahlordnung vorgeschriebene erste Elternversammlung hat in Breslau wohl an allen Schulen stattgefunden. Die Schulleiter haben den Eltern die Satzungen des Elternbeirats und die Anzahl der zu wählenden Mitglieder bekannt gegeben, die Wichtigkeit der Wahl hervorgehoben, auf das Ausliegen der Wahlzettel hingewiesen und zur Einreichung von Kandidatenlisten aufgefordert. Die zweite Elternversammlung findet in der Regel zwei Wochen vor der Wahl statt. In ihr ist durch Zurückübermittlung ein aus mindestens drei Personen bestehender Wahlvorstand zu wählen. Die Kandidatenlisten sind spätestens am zehnten Tage vor der Wahl dem Wahlvorstand einzureichen. Sie müssen die Namen der Kandidaten enthalten, als Mitglieder des Elternbeirats zu wählen sind und müssen in Breslau mindestens 20 Unterschriften von Wahlberechtigten tragen. (Bei Schulen unter 50 Kindern genügen 10 Unterschriften.) Die vorchriftsmäßigen Kandidatenlisten sind spätestens acht Tage vor der Wahl in geeigneter Weise zu veröffentlichen. Wir bitten unsere Schulkollegen, an allen Schulen Kandidatenlisten „Schulfortschritt“ aufzustellen. Fordern Sie können vom Parteibüro angefordert werden. Zum Zwecke der Beratung über die einschlägigen Fragen sind Sprechstunden eingerichtet worden: Mittwoch und Sonnabend von 7—8 Uhr im Restaurant des Gewerkschaftshauses. Auskunft wird von parteiunabhängigen Lehrern erteilt.

Noch ein Breslauer Rechtsanwalt verhaftet

Auch er soll Mandatengelder unterschlagen haben. Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft verhaftete gestern Nachmittag die Breslauer Kriminalpolizei den Rechtsanwalt Dr. Kurt Krause in seiner Wohnung, Blumenstraße 6, wo er gleichzeitig sein Büro hat. Es waren Anzeigen gegen ihn erstattet worden, weil er ihm anvertraute Gelder des Reichsstaats und auch privater Personen unterschlagen haben soll. Wie weit die Beschuldigungen zutreffen, wird die erst heute erfolgende Vernehmung ergeben. Die Höhe der unterschlagenen Summen steht noch nicht einwandfrei fest. Der Verhaftete ist in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Wie es möglich war, die bereits im Vorjahre erfolgten Verurteilungen bis jetzt zu verheimlichen, bedarf ebenfalls noch der Aufklärung.

Scheunenbrand in Breslau-Neutirch

Brandstiftung die Ursache. — Der Täter bereits festgenommen. Gestern kurz vor 10 Uhr wurde die Feuerwehr nach Breslau-Neutirch gerufen, wo auf der Feldmark nördlich des Bahnhofsgebäudes eine mit Stroh gefüllte offene Feldscheune und ein benachbarter Strohschäber in Brand geraten waren. In wenigen Minuten stand die ganze Scheune in Flammen, so daß sie nicht mehr erhalten werden konnte. Zur Löschung des Brandes wurden vier Schlauchleitungen in Tätigkeit gesetzt, die von den Anhängern der Motorpumpen Breslau-Neutirch und Breslau-Hauptfeuerwache gespeist wurden. Das Wasser wurde dem in der Nähe befindlichen Gießgraben entnommen. Die freiwillige Feuerwehr Breslau-Deutsch-Wissa war bei den Abkämpfungen behilflich, die erst gegen 13 Uhr beendet werden konnten. Es liegt vorläufige oder fahrlässige Brandstiftung vor, der Täter konnte festgenommen werden.

Filmaufführung für die Jugend

Wir bringen am Freitag, dem 16. Mai, abends 8 Uhr, im Großen Saal des Gewerkschaftshauses den Großfilm

Die „Bremen“. Jeder sollte einmal die Gelegenheit wahrnehmen, ein Wunder der Technik sich anzusehen. Wir leben den Neubau von Kiel bis zum Stapellauf. Erleben die Fahrt nach New York und können über das was Wissenschaft zu schaffen vermag. Nur eine einzige Aufführung. Keiner verläumde den Besuch! Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Breslau, Freigewerkschaftliches Jugendparität Breslau.

Um die Breslauer Elektrizitätswirtschaft Der Stromlieferungsvertrag mit E.-W. Schlesien

Alle Warnungen außer Acht lassend und über den anders gerichteten Beschluß der Betriebsdeputation hinweg hat der Magistrat einem Stromlieferungsvertrag mit E.-W. Schlesien zugestimmt; am 15. Mai wird die Stadtverordnetenversammlung damit sich auch befassen müssen.

Ein erstaunlich hoher Strompreis wird der Stadt aufgedrückt und von der Verwaltung durch ganz unzutreffende Erklärungen über erhöhte Betriebssicherheit und Leistungsfähigkeit begründet. Tabellenmäßig wird der Fremdstrombezug mit einer Ruhmsanlage verglichen; an sich wohl ein hinkender Vergleich aber keine sachliche Gegenüberstellung.

Schon die Fragestellung in der Vergleichstabelle erregte bei den wirklichen Sachkennern nur mitleidiges Lächeln, die Antworten sind des öfteren verfehlt in die Rubrik gesetzt. Der ganz besonders wichtige Fragenkomplex, was geschieht, wenn der Fremdstrom aus ebenso zahlreichen und nach vielen anderen Gründen nur kurze oder längere Zeit ausbleibt, ist überhaupt nicht erörtert, sondern „vergessen“ worden.

Ueber die Schlussfolgerungen gar herrscht bei den Sachkennern übereinstimmend richtiges Erstaunen! Sie belagen nicht mehr und nicht weniger als die absolute Negation alles dessen, was Berlin im letzten Jahrzehnt genau und folgerichtig erprobt hat und was man dort nach bestimmtester Erklärung der maßgebenden Stellung genau so wieder tun wird, sobald die Verhältnisse es erfordern!

Es ist bekannt, daß Berlin unter den verschiedensten Verhältnissen mit Fremdstrom beliefert worden ist, zugleich auch neue Werke erbaut und eine Ruhmsanlage im Betrieb hat.

Ebenso ist bekannt, daß Berlin nicht auf einen Fernstromlieferanten angewiesen ist, sondern über 3 Leitungen verfügt. Diese Lieferwerke arbeiten für den städtischen Bedarf sogar auf besonderen Sammelschienen, so daß die Störungen im übrigen Ueberlandnetz ohne Einfluß bleiben. Außerdem ist der Fernstromanteil nur gering im Verhältnis zur Erzeugung in den eigenen Dampfmaschinenwerken.

Trotzdem gilt für die Versorgung Berlins der Grundsatz, daß für jedes fremdbezogene Kilowatt hundert Prozent Reserve zum sofortigen Einsatz bereit gehalten werden müssen, weil die bei der Fernübertragung unvermeidlichen Unterbrechungen sonst die Eigenerzeugung außer Betrieb werfen.

Diese Reserven bestehen aus Speichern und mitslaufenden Reserveelektren und Maschinenanlagen; den Speichern wird dabei immer der Vorzug eingeräumt, Kessel sind nicht gleichwertig an Betriebssicherheit und Betriebsbereitschaft, sie erfordern auch höhere Anlage- und Betriebskosten.

Für Breslau liegen die Betriebsverhältnisse wesentlich ungünstiger. Nur ein Lieferwerk, keine abgetrennte Sammelschiene, daher alle Störungen im großen Ueberlandnetz zugleich und ganz bedeutender Störung des Kurzschlussstromes, was auch noch besondere Maßnahmen erfordert.

Die Antwort auf die Frage der Sicherheit lautet ganz anders, als die Verwaltung vorgibt. Die Sicherheit erfordert nicht den Fremdstrombezug,

sondern die Ruhmsanlage als Voraussetzung. Der Fremdstrombezug ist für Breslau lediglich eine reine Kostenfrage. Daß er billiger sein müsse, als die Eigenerzeugung, ist für jede Stadt, für jeden Industriebetrieb unumstößliche Voraussetzung, nur für die Breslauer Verwaltung nicht. Diese glaubt, den doppelten Preis getrost bezahlen zu dürfen. Daß die leitende Stelle aus den Berliner Betriebserfahrungen und vielen anderen dazu, nicht die geringste Rücksicht nehmen will, muß als unverantwortlich bezeichnet werden.

Es wird hier nochmals festgestellt, daß der Vertragsinhalt vom Ausmaß nur ganz unwesentlich verbessert werden konnte. Von den erforderlichen Investitionen übernimmt die Stadt den Kapitaldienst für fünf Millionen Mark (nicht 2 Millionen Mark) auf die restliche 1 Million leistet E.-W. Schlesien. Die Stadt trägt nicht zuletzt unter dem Zwange der öffentlichen Meinung — und haut an Stelle der ursprünglich dafür vorgesehenen Kabelverbindung nunmehr eine Freileitung für die Hälfte dieser Kosten auf eigene Rechnung.

Bar vorgezogen werden jedoch nur 2 Millionen Mark, sie sind 15 Jahre lang mit 10 Prozent zu verzinsen und dann zurückzuzahlen, nachdem die dafür erstellten Anlagen schon als voll abgeschrieben betrachtet werden müssen. Wir haben aber jetzt einen Reichsbankdiskont von 4 1/2 Prozent zu erwarten; im Ausland ist der Diskont bis auf 2 1/2 Prozent gesunken. Mehr dazu zu sagen; ist überflüssig.

Wird die Stromabnahme erhöht, z. B. auf 32 000 Kilowatt, so muß die Leitung verstärkt, die Zahl der Transformatorn mit allem Zubehör vermehrt und der Kapitaldienst für weitere 6,5 Millionen Anlagewerte bei E.-W. Schlesien in der Gestalt neuer Grundgebühren übernommen werden. Die Stadt Breslau trägt dann die Lasten für mindestens 12 Millionen Mark Anlagewert, während eine Ruhmsanlage gleicher Größe kaum halb soviel kostet und außerdem in jeder Hinsicht als die zweckmäßigere Lösung angesehen werden muß. Bei Vorhandensein einer Ruhmsanlage kann eines der beiden Kesselhäuser nebst zugehörigen Maschinenhäusern in Reserve fast gestellt werden, bei Fernstrombezug ist das nicht der Fall.

Wie unüberlegt von der Verwaltung Verträge abgeschlossen werden, ergibt die verwaltungsseitige Gegenüberstellung unter Nr. 3. Die Stadt Breslau hatte sich an den Baukosten des Reichs-Wasserkraftwerkes Koppeln beteiligt; als Gegenleistung liefert das Reich Strom. Um die Kosten einer Freileitung nach Breslau einzusparen, wird der Strom ins Netz von E.-W. Schlesien abgegeben und sollte vertraglich von Lechnitz aus nach Breslau wieder eritattet werden. Die technischen Einrichtungen dazu hat man aber „vergessen“ und die Gelderstattung für etwaige Lieferüberschüsse natürlich auch. Eine Sparte von 5,5 Millionen Kilowatt ohne Verzinsung hat sich bei E.-W. Schlesien angeammelt und die Kilowattstunde ist merkwürdigerweise mit 20 Pfennig Wert in Rechnung gestellt, um — ja um den Anschluß zu finanzieren. Man sollte es nicht für möglich halten.

Es ist höchste Zeit, daß ein beratender Ingenieur konsultiert wird, wie das in England und Amerika durchweg üblich ist, um den Koppeln-Vertrag abzuändern und um neuen Schaden durch den Anschlußvertrag vorzubeugen.

Was beeinträchtigt den Rundfunkempfang? Die zwei Hauptarten von Störungen

Anlässlich der Tagung des Deutschen Funktechnischen Verbandes in Breslau sprach der Präsident des Verbandes, Herr Professor Glau, über dieses Thema, das sicher jeden Rundfunkhörer interessieren dürfte.

Die Kritik am Rundfunk ist trotz fortschreitender Verbesserung der Sendetechnik und trotz ständiger Weiterentwicklung der Empfangsgeräte nicht abgeflaut, sondern im Gegenteil stärker geworden. Anlaß zu dieser Kritik, soweit es sich um technische Beanstandungen handelt, sind die in handigem Maße steigenden Störungen des Rundfunkempfanges. Abgesehen von den durch meteorologische Verhältnisse bedingten Störungen, deren wir nur in sehr eingeschränktem Umfange Herr werden können, handelt es sich um zwei Arten von Störungen, solche durch andere Sender und solche, die durch elektrische Maschinen und Apparate hervorgerufen werden. Die Störungen der ersten Art sind auf das ständige Anwachsen der Anzahl der Sender und der dadurch bedingten Verringerung der Wellenabstände der einzelnen Sender zurückzuführen. Die durch internationale Abmachungen festgelegte Wellenverteilung bietet nur dann eine Gewähr für störungsfreien Empfang, wenn die Wellenlängen streng innegehalten werden. Das wird sich aber, so lange man nicht ausschließlich quartzgesteuerte Sender benutzt, nicht erreichen lassen. Die Tendenz, Anzahl der Sender und ihre Leistungen zu erhöhen, läßt eine weitere Verschlimmerung des Zustandes erwarten.

Empfangsseitig kann der Uebelstand nur im geringen Maße bekämpft werden. Die Anwendung gerichteter Empfangsantennen kann zwar eine Verbesserung bringen, ist aber — da komplizierte Empfänger erforderlich sind — kostspielig. Die Trennschärfe der Empfänger läßt sich nicht wesentlich steigern, ohne die Empfangsqualität zu beeinflussen. Andererseits bietet die Verstärkung der Sendenergie einzelner Sender auch nur Aussicht auf vorübergehenden Erfolg. Bessere Aussichten bietet der Gleichwellenrundfunk. Versuche, neue Wellenbereiche dem Rundfunk zu erschließen, sind im Gange. Die sogenannten kurzen Wellen sind aber wegen der sogenannten toten Zone bei normalen Entfernungen nicht brauchbar. Die ultrakurzen Wellen haben zwar nur geringe Reichweite, bieten aber — da sie frei von Schwebefeldern und atmosphärischen Störungen sind — für den Ortsempfang gute Aussichten, und zwar um so mehr, als bei ihnen dieselben Wellen — und zwar gerade wegen ihrer beschränkten Reichweite — von einer großen Anzahl von Sendezentren benutzt werden können.

Noch viel verhängnisvoller als die Störung durch andere Sender sind diejenigen, die sich durch den Betrieb elektrischer Maschinen und Apparate ergeben, da diese nicht nur den Fernempfang, sondern auch den Empfang des Ortsempfängers in bedeutendem Maße beeinflussen. Hier liegt die Sache so, daß die technische Frage der Störbeseitigung gelöst ist, und zwar müssen die technisch gegebenen Mittel zur Störbeseitigung an den störenden Geräten und Maschinen selbst zur Anwendung gelangen. Schwierig ist

hier in erster Linie die Frage der Auffindung der Störungen und die Bereitstellung der Kosten für die Auffindung und die Abänderung der erforderlichen Schutzmittel. Die gesamten erforderlichen organisatorischen und technischen Maßnahmen liegen in der Hand eines hierfür gebildeten Ausschusses, dem Vertreter der Reichspost, der Senderorganisation, der Industrie, des Handels und der Funkvereine angehören. An der Auffindung der Störung beteiligen sich in erster Linie die ehrenamtlich tätigen Mitglieder der Funkvereine. Was die Bereitstellung der Kosten anbelangt, so ist in allererster Linie darauf hinzuwirken, daß die Preise für die technischen Störmittel niedrig gehalten werden. Hier müssen Industrie und Handel zusammenwirken, um billige Störmittel bereit zu stellen. Am wirkungsvollsten würde es sein, wenn Industrie und Handel dafür Sorge tragen würden, daß künftighin möglichst nur noch störfreie Maschinen und Geräte auf den Markt gelangen. Eine solche Maßnahme ist ganz besonders bei den die überwiegende Mehrzahl der die störenden Geräte bildenden sogenannten Hochfrequenz-Heißgeräten ohne Schwierigkeit durchzuführen. Ein besonderes Kapitel bilden die durch die Ueberlandzentralen und die Straßenbahnen hervorgerufenen Störungen, bei denen zwar die Störbeseitigung technisch ebenfalls gelöst ist, die aber wegen der entstehenden großen Kosten besondere Schwierigkeiten darbieten, deren Ueberwindung aber eine Lebensfrage für den Rundfunk ist.

Schwere Anfälle

Als am Sonntag früh der Goldarbeiter Man aus der Kupferschmiedestraße mit seinem Fahrrad in der Friedrich-Wilhelm-Straße einen Postomnibus überholen wollte, geriet er mit dem Rade vor dem überholten Kraftwagen in die Straßenbahnspuren und stürzte. Der Postomnibusfahrer konnte trotz stärksten Anhaltens der Bremse nicht verhindern, daß der Radfahrer angefahren und schwer verletzt wurde. Er mußte in das Allerlyligen-Hospital geschafft werden.

Ein weiterer schwerer Unfall ereignete sich gestern mittag Klosterstraße, Ecke Königgräber Straße, wo ein Bierwagen mit einem Personenkraftwagen zusammenstieß, daß der Kraftwagen führende Bäder Walter Liepe aus der Otto-Hue-Straße mit einer schweren Brustquetschung und einer Gehirnerschütterung in das Krankenhaus Bethanien eingeliefert werden mußte. Die Mitfahrerin wurde ebenfalls verletzt; das Auto mußte abgeschleppt werden und auch die Pferde hatten Verletzungen erlitten, so daß sie ausgespannt werden mußten.

Was rücksichtslosen Straßfahrern passieren kann

Die Anfälle, bei denen sich rücksichtslose Kraftfahrer nicht im geringsten um ihre Opfer kümmern, haben sich in letzter Zeit beträchtlich gesteigert und es ist ganz verständlich, wenn es auch zu Selbstmordaktionen des Publikums kommt. Ein solcher Vorfall spielte sich auch am Sonnabend an der Kreuzung Gneisenau- und Kreuzstraße ab, wo der mit seinem Auto entlangkommene Kaufmann Schwarz den vorbeifahrenden Arbeiter Marab ab aus der Blücherstraße umfiel, so daß er erheblich verletzt fortgeschleppt werden mußte. Als der Kraftfahrer trotzdem rücksichtslos weiter fuhr, legte ihm ein Motorradfahrer nach und forderte ihn auf, an die Unfallstelle zurückzukehren, was er schließlich wohl oder

Mittwoch, 14. Mai, 19.30 Uhr Mitglieder-Versammlung der S. P. D. im Zentral-Saal, Westendstraße Redner: Genosse Max Seydowitz, M. d. R. „Das Ende der Koalition“

Die Wahlen in Polnisch-Schlesien

Niederlage der Sanacja

Die Wahlen zum Schlesischen Sejm am vergangenen Sonntag zeigten nach den bisher vorliegenden Ziffern folgendes Ergebnis:

Deutsche Wahlgemeinschaft (bürgerl.)	15
Polen	12
N.P.R. (Nationale Arbeiterpartei)	3
Kommunisten	2
Polnische Sozialisten	4
Deutsche Sozialisten	1

Im zweiten Wahlkreis gingen je ein Mandat der deutschen Sozialisten verloren. Die für die deutschsozialistische Liste abgegebenen Stimmen kamen aber der polnischen Bruderpartei zugute. Im Teschener Bezirk errangen die deutschen Sozialdemokraten dagegen ihr Mandat mit Hilfe der polnischsozialistischen Stimmen, so daß tatsächlich der Mandatsrückgang bei den deutschsprechenden Sozialisten nur ein Mandat beträgt.

Das Feld beherrscht der Nationalismus, hüben wie drüben, wobei — rechnet man das sozialistische Mandat mit — die Deutschen überraschenderweise einen Erfolg zu verzeichnen hatten. Im vorhergehenden Sejm waren nur 14 deutsche Abgeordnete, 12 Bürgerliche und 2 Sozialisten. Jetzt sind es 12 Bürgerliche und ein Sozialist; ein Erfolg der Minderheit, zugleich aber innerhalb der Minderheit eine Verschiebung zum bürgerlichen Nationalismus als Ergebnis der polnisch-chaudonischen Politik des Wojewoden Gragnycki. Die Arbeiterfront ist aber auch durch das Anwachsen des Radikalismus, durch das erstmalige Erscheinen kommunistischer Vertreter geschwächt.

Der Regierungsbund hat eine fürchterliche Niederlage erlitten. Er verfügt über 10 Mandate, während alle anderen in Opposition stehenden Parteien 38 Sitze errangen. Zieht man hinzu die etwas unzuverlässige N.P.R. ab, so bleiben immer noch 10 Oppositionsabgeordnete, die dem Herrn Gragnycki zeigen, daß Polnisch-Schlesien in seiner Mehrheit das Regime der verabschiedeten Diktatur galizisch-österreichischer Färbung ablehnt.

Ueber den Verlauf des Wahlsontags geht uns folgendes Stimmungsbild zu:

Es ist Sonntag heute und die Wahlstimmung macht sich schon im frühen Morgen bemerkbar. Um 7 Uhr morgens sammeln sich die Funktionäre der sozialistischen Parteien in ihren Zentralen und nehmen die Stimmzettel in Empfang, denn in Polen gibt es noch keinen amtlichen Stimmzettel. Jede Partei hat das manchmal nicht ganz angenehme Vergnügen, ihre Leute vor die Wahllokale zu postieren. So bietet sich dem Beschauer ein Bild, das wir diesseits der Grenze längst nicht mehr kennen: vor den Wahllokalen stehen zehn, zwölft, manchmal auch mehr Leute, die ihre Stimmzettel in allen Tönen dem Wähler anpreisen.

Ein Genosse der N.P.S. hat es besonders gut gemacht. Er band sich einen knallroten Schlips um, damit man sofort die Firma erkennen konnte. Immerhin ein Stück Mut gehört in Polnisch-Schlesien schon dazu, sich mit einem knallroten Schlips sehen zu lassen. Die Gegenseite aber ist auch nicht faul. Vor allem die Sanacja (Regierungspartei). Überall hängen die ihre Plakate an: „Bürger, wählt Liste 8!“ Einen ganzen Lastwagenpark läßt sie fahren, behängt mit Plakaten, versehen mit Flugblattkolonnen, die die Flugblätter rechts und links zu Tausenden auf die Straße schleudern, wo die, die nicht aufgehoben werden, liegen bleiben und das Straßenbild „verschönern“.

Ueberhaupt: Kattowitz sieht recht bunt aus, an diesem Sonntag. Es ist eifrig getrieben worden. Da strahlt die Liste 1: Korfanty geht wieder auf Gang aus unter den ober-schlesischen Arbeitern und man kann sich des Eindrucks nicht ganz erwehren, daß er auch diesmal wieder eine ganze Anzahl Dumme finden wird. Dann brüllen an allen Ecken die Sanacja-Plakate. Daß sie eindrucksvoll in eindrucksvoller Schlichtheit die Plakate der polnischen Sozialisten: „N.P.S. Liste 5“, das ist der ganze Text, der außerordentlich wirksam ist. Viele kleine, grellrote Plakate, „Wählt Liste 3“ zeugen von eifriger, opfervoller Arbeit der Genossen von der deutsch-sozialistischen Partei. Alle Plakate der „Deutschen Wahlgemeinschaft“ (Liste 11) sind zerstört, beschmiert und zerfetzt. Auch die Pilsener Gruppe, die sich von der N.P.S. abgespaltet

hat, zieht unter ihrem Häuptling dem Renegaten Binkoskiwicz ins Feld und plakatiert gelb. Ob diese Farbe den Stimmungswechsel kennzeichnen soll?

Die Wahlbeteiligung scheint recht lebhaft zu sein, denn vor einem der Wahllokale spielte sich gleich nach 8 Uhr morgens folgende nette Szene ab: Die frühere Rütterschule in Katowice (Wahllokal), morgens um 8. Alles ist da. Zettelerleiter, Wähler, Wahlkomitee, — nur eins fehlt, die amtlichen Umschläge für die Stimmzettel. Die Wähler, es mochten etwa 100 geworden sein, machten Krach, bis endlich kurz vor neun Uhr die Kuverts kamen. — Als die ersten Wähler das Lokal verließen, wiederum große Entrüstung: die Umschläge sind von mächtig schlechter Qualität, recht dünn. — Sollte das auch Absicht sein? Die Straßen sind den ganzen Tag über außerordentlich belebt. Eine gewisse Spannung beherrscht die Stimmung. Wie wird die Wahl wohl ausfallen? — Der Wahlkampf war in den letzten Tagen vor der Wahl recht aufgeregt und durchaus nicht immer human. Heute jedoch merkt man nichts mehr davon. Alles ist friedlich, sogar die Stimmzettelerleiter (man sieht wenig Frauen unter ihnen!) haben Waffenstillstand geschlossen.

Vor dem riesigen, prunkhaften, neuen Wojewodschafsgebäude liest ein Mann die Wahlliteratur, die dort in Mengen herumliegt, zusammen. — Zurzeit, da diese Zeilen geschrieben werden, schließen sich die Porten der Wahllokale. Das politische Schicksal des ober-schlesischen Volkes in Polen ist wieder einmal für einige Jahre entschieden. Wie hat sich die Arbeiterklasse in diesem Kampfe geschlagen?

10. Schlesiener Bauerntag

Kampfanfrage gegen Schiele — Gegen Subventionswirtschaft an die Großagrarien

Trotz der Bemühungen der Landbundeleute und ihrer Freunde in der deutschen Volkspartei um die „Grüne Front“ war am Sonntag in Breslau abgehaltener Bauerntag der Schlesiener Bauernschaft eine lebhafteste Kampfstimmung gegen den Großgrundbesitz bemerkbar. Der große Schielewerdteraal war von Bauern aus allen Teilen des Landes gefüllt; auch zahlreiche Behördenvertreter hatten sich eingefunden, ferner eine Reihe von Parteiführern, von der Volkspartei bis zur SPD, außer den Reichs- und Landtagsabgeordneten, Ministertelegramme liefen ein, und selbst das Internationale Agrarbüro in Prag sandte der Tagung telegraphische Grüße. Unterstrichen wurde diese durch mehrere groß angelegte Referate, in denen reger beschiene Gedankengänge zur Agrarfrage und zu ihrer Bekämpfung vorgetragen wurden. Auffassungen, die sich bemerkenswerterweise weitgehend mit den von unserer Partei schon seit Jahren vertretenen Beurteilungen der Landwirtschaftsnot decken.

Vier Redner sprachen auf dieser Kundgebung und zwar J. Hermann-Breslau, der Vorsitzende des Schlesiener Bauernbundes über „Entwicklung des Schlesiener Bauernbundes und seine Stellung zur Agrarpolitik“, Müller-Berlin, Hauptgeschäftsführer der deutschen Bauernschaft über „Die fortschrittliche Bauernbewegung im Reich und die Aufgaben der deutschen Bauernschaft in der Zukunft“, Franzke-Oppeln, Präsident der Landwirtschaftskammer Oberschlesien über „Die Notwendigkeit der Verstärkung des bäuerlichen Einflusses in den landwirtschaftlichen Selbstverwaltungskörperschaften als Voraussetzung für die Verwirklichung des Selbsthilfegedankens und die betriebswirtschaftlichen Auswirkungen der Folgeerhebung“ und schließlich Rose-Hillebrand-Pennersdorf über „Die Bauernschaft im Dienste der deutschen Bauernbewegung“. Man verbreitete sich über alle Dinge, die augenblicklich im Vordergrund der deutschen Politik stehen und die Wünsche der deutschen Bauernschaft betreffen. Festzuhalten ist dabei das **Bekenntnis zur Republik**, zum heutigen Staat und die Betuerung, daß man nicht im geringsten daran denke, eine Wirtschaftspolitik gegen die Verbraucher und, wie richtig bemerkt wurde, die städtische Arbeiterklasse zu treiben. Höchst kritisch äußerte man sich auch über den Panzerkreuzer B. für dessen Herstellungskosten man 30 000 kleine Siedlerstellen im Osten schaffen könne. Man stellte, ganz im Gegensatz zum Landbund und zu den offiziellen Leitungen der meisten Kammern, außerordentlich vernünftige wirtschaftspolitische Forderungen, man verlangte **Ausbau des Genossenschaftswesens** zur Organisation des Abzuges, Mehrung der Milch- und Butterproduktion, Verminderung des ungewinnbringenden Roggenanbaues zugunsten des Weizens, warnte vor ungerechtfertigten sozialpolitischen

Maßnahmen, die Deutschland nur zu Schaden vermöchten, wünschte den Abbau des Zwischenhandels und bessere direkte Verbindungen zur Konsumentenwelt, forderte Intensivierung des Anliegerfeldwesens, er rief nach großzügiger Arbeitsbeschaffung und Erhebung der polnischen durch einheimische Arbeiter. Außerdem gab es eine große Übereinstimmung mit Schiele, der schon nach wenigen Wochen seiner Regierung beweisen habe, daß er nur die Geißel der verkrachten und verkrüppelten Großgrundbesitzer treibe, im übrigen aber durch völlig sinnlose Maßnahmen die Krise der deutschen Landwirtschaft nur noch verstärkt habe. Und darüber hinaus nahm man dann noch eine

Entscheidung

an, die folgenden Wortlaut hat:

Der 10. Schlesiener Bauerntag dankt der Reichsregierung für die Absicht, in großzügiger Weise den wirtschaftlich schwachen Osten zu stützen.

Der Bauerntag ist aber der Ansicht, daß diese Stützung unter keinen Umständen zu einer Subventionierung nicht lebensfähiger oder überschuldeter Großbetriebe führen darf. Wirkliche Hilfe werden solche Maßnahmen auf die Dauer nur dann bringen, wenn die zur Verfügung gestellten Mittel in erster Linie für produktive Zwecke verwendet werden. Hierbei steht an erster Stelle die Schaffung einer landwirtschaftlichen Organisation. Ferner muß eine gleichmäßig verteilte Lastenverteilung der ländlichen Realsteuer gefordert werden. Soweit Mittel für die Umschuldung bereitgestellt werden, müssen wir verlangen, daß diese Mittel gleichmäßig auf die verschiedenen Besitzgrößen verteilt werden. Unter allen Umständen muß aber auch derjenige bäuerliche Besitz, der bisher keine Hypothekendarlehen hat erlangen können und dadurch in drückende Personalverschuldung geraten ist, in den Besitz solcher Umschuldungskredite gelangen können.

Darüber hinaus verlangt der Bauerntag mit größter Entschiedenheit, daß Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die für den Osten so dringend notwendige Anlieger- und Neuerschließung in großzügigster Weise stärker als bisher zu fördern. Hierbei muß auch die Möglichkeit geschaffen werden, daß überschuldeter großbäuerlicher Besitz im Wege der Anliegererschließung Teilverkäufe mit Staatskrediten an Kleinbäuerliche Besitzer vornehmen kann, wenn dadurch seine Sanierung erreicht wird. In jedem Falle aber muß überall da, wo beim Kleinbesitzer Landbedarf vorhanden ist, die Umschuldung und Befristung der Großbetriebe nur auf dem Wege der Anliegererschließung und Neuerschließung vorgenommen werden. Bei den Maßnahmen zur Beseitigung der wirtschaftlichen Not des ostdeutschen Bauerntums darf auch keine geistige Not nicht außer Acht gelassen werden. Wirtschaftlicher Fortschritt ist mit der Bildung des Landvolks, insbesondere der Bauernjugend untrennbar verbunden.

Deshalb ist als Voraussetzung für die Wirksamkeit aller gesetzlichen und organisatorischen Maßnahmen auf lange Sicht zu fordern, daß auch für die Förderung der staatsbürgerlichen und beruflichen Bildung des Bauerntums und in Sonderheit der Bauernjugend Mittel bereitgestellt werden. Wir erwarten, daß die geplanten Maßnahmen für den deutschen Osten die von uns erstrebte Umstellung der deutschen Agrarpolitik auf zielbewußte und ehrliche Bauernpolitik fördern werden.

Aus der Umgebung

Dambitzsch. Aus der Gemeinde. Am Freitag fand die erste Sitzung unter Leitung des neuen sozialdemokratischen Gemeindevorstehers Gen. Wente statt. Die Tagesordnung war sehr reichhaltig. Zuerst erfolgte die Einführung und Vereidigung des Genossen Wüthgen Scholz als Gemeindevorsteher, danach Wahl des Gemeindevorsteher-Stellvertreters. Hier gab es eine Debatte mit den Gegnern. Die gläubigen, Anspruch auf den Vertreter zu haben, unsere Genossen waren aber nicht einverstanden. Als ihnen geantwortet wurde, verließen die Bürgerlichen unter Führung des ehemaligen Amtsvorsteheres Hoffmann die Sitzung. Genosse Paul Hoffmann wurde mit 7 Stimmen der Linken gewählt. — Als Schiedsman wurde der bisherige Stellenbesitzer Robert Alt, der das Amt 22 Jahre führt, vorgeschlagen. — Ein Antrag auf Gewährung einer Beihilfe an eine in Not geratene Witwe. Der Antrag wurde dem Gemeindevorsteher zur Prüfung übergeben. — Weitere kleine Anträge auf Unterstützung wurden angenommen. Die Sitzung verlief ohne die Bürgerlichen glänzend.

Brodau. Polizeilicher Wochenbericht. In der Woche vom 4. Mai bis 10. Mai wurden folgende strafbare Handlungen zur Anzeige gebracht. Bezogen: Verächter Einbruchsdiebstahl 1, Betrug 1, Übertretungen: Kraftfahrzeugverkehr 1, Radfahrverkehr 1, Gewerbepolizei 2.



Wunder!
Wunder!

Ist wieder Euer Mittwoch bei Onkel Petersdorf! Für jeden ist etwas zurechtgelegt - Ballons und Bilderbücher! Besonders wird sich aber Euer Muttli freuen, für wie wenig Geld sie Eure Wünsche erfüllen kann!

- | | |
|---|--|
| Beschreibung zu den nebenstehend. Abbildungen | Aus unseren Abteilungen im Erdgeschoss |
| Wasch-Anzug 4.50
aus Trikollette, in mode, blau, hellgrün, für 2 Jahr, Jed. weit. Gr. 50-54 mehr | Kieler-Matrosenmütze 1.90
mit Schriftband |
| Kunstseid-Tollekleid 5.90
mit weiß. Kragen, in hell. Farben Länge 60 cm ... Jed. weit. Gr. 50-54 mehr | Schillerhemden 1.90
aus Zephr, moderne, gedackte Streifen Gr. 50-60 |
| Prakt. Schulkleid 2.90
aus gutem Seidenwand, Länge 60 cm ... Jed. weit. Gr. 50-54 mehr | Schülermützen 2.90
aus Samt, mit echtem Lederschirm |
| Bayern-Jacke 3.75
aus Stoff, blauem, Länge, für 3 Jahr ... Jed. weit. Gr. 50-54 mehr | Sporthemden 3.90
aus Zephr, mit festem Kragen und Krawatte Gr. 50-60 |
| Wanderhose aus Vervich, braun, u. oliv für 4 Jahr 3.00 | Besonders billige Socken, Kniestrümpfe u. lange Strümpfe! |

ABESLAUF-CHAU-LE-DSTRASSE-SCHULHARDIGKE

Der Oberpräsident ist nicht genehm

Auch ein Mißtrauensvotum — Das Arbeitsbeschaffungsprogramm wird beraten — Nazimann Franke provoziert Kravall — Sozialdemokraten lassen ihn nicht weiter reden Herda ist für Arbeitsbeschaffung, aber bezahlen will er nicht

Daß der nationalsozialistische Aufmarsch im Landeshaus nicht immer so unbedeutend bleiben würde, wie in den ersten Sitzungen, in denen nur Sachliches zu beraten war, konnte uns schwer vorausgesehen werden. So nahm das Mißtrauensvotum gegen den Oberpräsidenten, das gestern zu Anfang der Sitzung einlang, weiter nicht wunder. Man nahm lediglich an, daß der bekannte Schweidnitzer Nazistheld Herda hier Gelegenheit nehmen würde, seinem Groß Lust zu machen, daß er von diesem sozialdemokratischen Oberpräsidenten nicht, wie er wünschte, empfangen worden ist, um über die Aufhebung des Verbots des Schweidnitzer bürgerlichen Stadtrates zu verhandeln. Aber es kam noch anders, die Herren auf der rechten Wotansseite wollten doch demonstrieren, daß ihre antimarxistische Gesinnung von hehrem deutschen Heldengestalt befeuert ist, und schimpften daher beim Arbeitsbeschaffungsprogramm mordsmörderisch auf die Sozialdemokraten, was diese nicht gestört hätte, wenn der wildgewordene Hitzherberger Mechanikermeister Franke nicht unsere Fraktion insgesamt mit dem die Nazipolitik „wahrhaftig“ besser wie jede andere Polemik unserer Seite kennzeichnenden Ausdruck „Aufflücker“ belegt hätte. Da explodierte die Geduld der sozialistischen Abgeordneten, die Sitzung flog auf, flog zweimal auf, denn Herr Franke dachte ja gar nicht daran, seine dreißigen Worte zu reflektieren. Er, seine Fraktion will ja provozieren, denn zu sachlicher Arbeit sind die Nazi nicht ins Provinzparlament gekommen, zur sachlichen Auseinandersetzung mangels Argumente und Ansichten nicht fähig. Schade, daß der Vorsitzende des Schweidnitzer Gerichts, das Herda und Konforten abzurteilen hatte, nicht anwesend war. Er hätte eine treffende Illustration zu dem sehen und hören können, was die Angeklagten in Schweidnitz mit Unschuldsmiene von sich aufstießen und was dort mit mehr Gründlichkeit wie politischem Verständnis behandelt wurde.

Die Sitzung begann mit der Bekanntgabe einer Reihe Anträge, die teils nicht ausreichend unterstützt, teils den zuständigen Ausschüssen zur Vorberatung überwiesen wurden. Ausreichend unterstützt wurde ein Antrag der Nationalsozialisten, dem

Oberpräsidenten das Mißtrauen auszusprechen

und von der preussischen Staatsregierung keine Abberufung zu verlangen. Die Nazioten zählten zwar nur neun Mann, aber sie bezamen bei den Deutschnationalen Sukkurs und brachten so die erforderlichen zwölf Stimmen auf, damit dieser Antrag zur Beratung gestellt wird. Das wird allerdings erst heute geschehen, sofern die weitere Entwicklung nicht erhebliche Verzögerungen der ganzen Arbeit im Provinzparlament mit sich bringt. Bei der einzelnen Reichsfraktion waren es die Herren Kaiserling, Richtigshofen, Wertschütz, Höller, der Langenbühlauer Sozialdemokrat Diering und selbstverständlich Herr von Cöglitz, die den Oberpräsidenten los sein möchten. Die Haushaltungspläne der Heil- und Pflegeanstalten wurden von Genossen Kutjan als Berichterstatter des Ausschusses begründet, obwohl der Nazistheld Herda — der im allgemeinen eine Reizwort mitzubringen pflegt, wenn er ins Landeshaus kommt — im Ausschuss den lapidaren Grundriss aufstellte, Gewerkschafts-Verhältnisse veränderten von so etwas nichts. Die Kommunisten beantragten u. a. die Siebenstundenschicht des Pflegepersonals, das noch 7 Stunden in der Küche arbeite, und anderes mehr. Ihre Anträge wurden aber durchweg nicht ausreichend unterstützt. So erklärte die kommunistische Rednerin Standke, daß sie sich immerhin für einen sozialdemokratischen Antrag auf Ausweisung von Ausweiser, die die Abgeordneten zum Reich der Anstalten zwischen den Tagungen legitimieren, einsetze, während der weitere sozialdemokratische Antrag:

In den Provinzialanstalten und allen von der Provinz belegten Privatanstalten sind für die Zöglinge Zeitungen aller politischen Richtungen, soweit sie die bestehende Staatsform nicht mit Gewalt ändern wollen, auszuliegen, nicht ihr Gefallen fand, denn sie müßte die bestehende Staatsform mit Gewalt ändern, obwohl man ihr äußerlich solche Absichten gar nicht zutraut. Genosse Lehmann begründete die Anträge und gerät dabei mit Herrn Herda, der das in einen Disput, in dessen Verlauf er feststellt, daß Herda die Einweisung in eine Fürsorgeerziehungsanstalt aus Gründen der Arbeitstherapie sehr zuträglich wäre. (Heiterkeit.) Es entwickelt sich eine lebhafteste Debatte, in die sogar der Landeshauptmann eintritt, natürlich, um namens der Verwaltung diese unbecommene Kontrolle abzulehnen. Der Antrag wird dann gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Für die Abfindung an Oberschlesien, Ausbau weiterer Kraftanlagen am Jaden und Erweiterungsarbeiten am Provinzial-Elektrizitätswerk soll

eine Anleihe

von 3 000 000 Mark ausgenommen werden. Zur Verwaltung und Bewirtschaftung dieses Wertes wollen die Sozialdemokraten eine besondere ständige Kommission eingesetzt wissen. Dieser Punkt wird aber noch zurückgestellt, die Anleihe genehmigt. Für die Veranschlagung des ersten Bandes des Bezugsbuches der Kunstentwürfe in Niederschlesien sollten 13 000 Mark bewilligt werden, was der Kommunist Malzer für gänzlich überflüssig hält. Er wird offenbar noch nichts von dem außerordentlich bewilligungswürdigen Interesse gehört, mit dem seine Freunde in Russland der ähnelnde Arbeit zu unterstützen pflegen. Der liegninger Oberbürgermeister Charbonnier (D. Sp.) wünscht den Betrag für dieses Jahr auf 5 000 Mark gekürzt, ebenso die Sozialdemokraten. Die Mehrheit bewilligt aber 13 000 Mark. So an dieser Stelle bereits ausführlich behandelte Landesamt für Denkmalpflege erweist auf der rechten Seite des Hauses natürlich vorgebildet-gewerkschaftliche und nationale Gefühle. Nicht nur Richtigshofen, Wertschütz, sondern auch der Kanonikus Seppelt vom Zentrum finden, daß

das nationale Interesse

die vorgeschichtliche Forschung in erster Linie rechtfertigt, während Genosse Wertschütz dem kommunistischen Redner entgegenhält, daß diese Sammlungen gerade für die Volkshilfe ein wertvolles Unterrichtsmittel darstellen. Charbonnier dagegen und einige Mittelständler möchten lieber sparen, wobei der liegninger Magistratspräsident unterstellt, daß auch die nationale Kultur nicht unbedingt befördert zu werden braucht, denn man könnte andere und wichtigere Aufträge der Kommunen lösen. Möglichst rasch in Kürze nicht mehr erfüllt werden. Die Vorlage wird schließlich angenommen und das „Landesamt für Denkmalpflege“ damit erledigt.

Arbeitsbeschaffungsprogramm

gegen verschiedene Anträge der Kommunisten, Demokraten und

des Zentrums vor. Genosse Lehmann als Berichterstatter umreißt kurz die Arbeitslosigkeit und ihre furchtbaren Folgen, insbesondere in Niederschlesien. Da er dies nicht im deutchnationalen Sinne macht, wird er durch Zwischenrufe unterbrochen, er antwortet jedoch mit entsprechendem Nachdruck, begründet die Arbeitsbeschaffung im Straßenbau, Tal- und Straßenausbau und Straßenausbau für etwa 2000 Arbeiter im Jahre vorliegt, wobei in erster Linie Wohlfahrts-Erwerbslose in Arbeit gesetzt werden sollen. Herr Thum als Mitberichterstatter kann sich natürlich dafür gar nicht erwärmen.

Thum erklärte die Bereitwilligkeit der Deutschnationalen, dem Zentrumsantrag zuzustimmen, der die Erhöhung der Provinzialsteuer im ersten Jahr auf 1/2 Prozent begrenzt. Abg. Federer (Dnat.) las von einem Manuskript etwas von ungerechter Grenzziehung durch den Verfall der Provinz, die die wesentliche Ursache der Arbeitslosigkeit sei. Ihm gefalle auch der erhöhte in Aussicht genommene Straßenausbau nicht, da er nur ein einzelner Wirtschaftszweig diene. Als der stellvertretende Vorsitzende Warkle auf die Geschäftsordnung verwies, die ein Vorlesen der Rede nicht gestatte, trat er schnell ab.

Genosse Cohn erwiderte auf die Ausführungen und stellte fest, daß sie beinahe den Anschein erwecken könnten, als ob von den Deutschnationalen eine Inflation zurückgelehnt werde. Der Provinzial-Ausschuss macht in seinem Antrag die Hilfe der Provinz abhängig von den Maßnahmen Preußens und des Reiches. Die Sozialdemokraten wünschen jedoch, daß die Provinz vorangehe. Genossin Reicher illustrierte die Art behördlicher Arbeitsvergabe, die kaum etwas von Ortshilfe verpirken lasse. So sei der Bau einer Oberbrücke bei Fürstentberg wieder nach Weßfalen vergeben worden, obwohl auch in Schlesien leistungsfähige Firmen für diese Arbeit vorhanden sind und sich um diese Arbeit bemüht hätten. Die Gewerkschaften und die Handelskammern werden diese Fälle einmal eingehend untersuchen müssen.

Unter Heilrufen

des Hauses trat nun der Nationalsozialist Franke an das Rednerpult, um mit einer vor Unverschämtheiten strotzenden Rede den „Geist“ der Hitlerbewegung darzutun. Schon als er begann, die Ausführungen des Genossen Cohn als „Rede der Synagogengemeinde“ zu bezeichnen, wurden Rufe „Freiheit“ bei den Sozialdemokraten laut. Hierauf wurde er sich ausschließlich an die Sozialdemokraten, auf deren Schultern nach seiner Meinung die Verantwortung für alle Folgen der bereits in diesem Hofjahr beginnenden furchtbaren Katastrophe komme. Wörtlich erklärte er:

„Der Tag wird kommen, an dem eure Anhänger Rechenschaft von euch fordern werden, ihr Bonzen. Ihr habt eure Macht nicht ausgenutzt, weil ihr unfähig seid und in eure Reihen das großkapitalistische Judentum aufgenommen, dem ihr Zuhälterdienste leistet.“

Diese Unverschämtheit entfesselte einen Entrüstungsturm und veranlaßte eine Anzahl sozialdemokratischer Abgeordneter, an die Rednertribüne zu treten und den nationalsozialistischen Rüpel am Rednerpult zu verhindern. Entrüstungsrufe richteten sich aber auch gegen den der Situation völlig hilflos gegenüberstehenden Zentrums-Vizepräsidenten Warkle, der erst nach Protest der Sozialdemokraten dem Burtschen — der wahrheitsgemäß glaubte, den in seinen Reden und Hechlerjammern üblichen Ton anschlagen zu müssen — einen Ordnungsruf erteilte. Als der stellvertretende Präsident auch noch einen Ordnungsruf an den sozialdemokratischen Abgeordneten erteilte, der „Lümmel“ gerufen haben soll und dessen Name noch festgestellt werden würde, brach auf der Linken des Hauses ein neuer

Proteststurm

los. Die übrigen Nazis, voran der Geschäftsführer Herda aus Schweidnitz, rasten von ihren Plätzen vor. Ihren wilden Gebärden sah man es deutlich an, daß sie sich fühlten, wie in der Schweidnitzer Reichsbannerparade. Die Deutschnationalen bejammerten sich im Augenblick an die Pflichten, die sie dieser Sorte „Sozialisten und Arbeitervertreter“ schuldig sind. Der deutchnationale Gutsbesitzer Schneider-Görlich stürzte ebenfalls auf einen unserer Genossen los und rief: „Das ist unser Mann!“ Da ein Genosse den frechen Burtschen vom Rednerpult wegzudrängen versuchte, hob der Präsident die Sitzung für 1/2 Stunde auf und rief den Aeltestenausschuss zusammen.

Auch die sozialdemokratische Fraktion beriet sofort über ihr Verhalten gegenüber der beleidigenden Provokation des Nazimannes Franke. Während der nationalsozialistische Fraktionsführer im Aeltestenausschuss den Auftrag übernahm, eine Zurücknahme der Beleidigungen zu veranlassen, stellte sich der Provokateur Franke nach Wiedereröffnung der Sitzung zur Abgabe einer Erklärung wieder vor und erklärte lachend, daß er nichts von dem Gesagten zurückzunehmen werde.

Unter erneutem Proteststurm stellte der Präsident fest, daß diese Erklärung der Zusicherung des nationalsozialistischen Fraktionsführers nicht entsprach. Genosse Brethorst gab für die sozialdemokratische Fraktion die Erklärung ab, daß diese den Abgeordneten Franke auch

nicht mehr ein Wort reden lassen werde,

bis er die Beleidigungen zurücknimmt. Die Zentrumsfraktion fand es anstößig in der Ordnung, daß sozialdemokratische Abgeordnete als Zuhälter beschimpft werden, denn durch ihren Fraktionsführer, Professor Seppelt, ließ sie beantragen, die Beratung des Arbeitsbeschaffungsprogramms abzusetzen und den nächsten Tagesordnungspunkt zu beraten. Genosse Brethorst widersprach diesem Antrag und bezeichnete ihn treffend als eine Kapitulation vor den Methoden der Hitler-Raubies. Richtigshofen (Dnat.) beglückwünschte sich natürlich sofort für den Zentrumsantrag und fragte die Sozialdemokraten, ob sie „auch unzulässige Debatten führen wollen“, womit er — gewiß ungewollt — seinen Bildern von rechts attestierte, welcher Wert ihrer Arbeit beizumessen ist. Genosse Wertschütz erklärte ihn entsprechend an und Genosse Slope informierte den zum Einsitzen ermahnten stellvertretenden Präsidenten durch einen Zuruf, daß die sozialdemokratischen Fraktionsmitglieder vor dem Rednerpult stehen bleiben werden, bis er dafür Sorge, daß der Nazirechner abtritt. Nun kam der Nazimann Herda von seinem Platz gerannt und forderte den Vorsitzenden auf, Ordnungsrufe an die sozialdemokratischen Abgeordneten zu verteilen, die der Auforderung zum Platznehmen nicht Folge leisten. Wenn er das nicht tue, gelte er nur, daß er der Situation nicht gewachsen sei. Da mit einbeidigen Gesten verbundene neue Freiheit veranlaßte den Abgeordneten Schiller-Landeshut zu der Bemerkung, daß es zweckmäßig wäre, diesen Herda nach Waffen zu durchsuchen, da er, von dem Verfall auf die Reichsbannerparade, die Schweidnitzer noch in bester Erinnerung ist. Der Zentrumsantrag, der den Beratungsstoff abgelehnt werden sollte, wurde mit 48 Stimmen gegen 48 Stimmen der Rechten abgelehnt.

Dennoch ließen die Sozialdemokraten den Hitlerjäger nicht mehr sprechen und Warkle beschloß abermals seinen Tag, um

Aeltestenausschuss zu beraten

neu im

Büdo für alle Schuhe

Nach einiger Zeit wurde die Plenarberatung, diesmal unter dem Vorsitz des Genossen Vanmann, wieder fortgesetzt. Der sofort dem nächsten Redner, Abgeordneten Schiller-Landeshut (Dnat.), das Wort erteilte. Damit hatte die sozialistische Fraktion durchgehend, daß der Hitlerjäger nicht mehr ein Wort reden lassen werde. Nach dem Demokraten, der sich für das vom Provinzialausschuss vorgeschlagene Programm aussprach, sprach der Nationalsozialist Herda-Schweidnitz für seinen verbündeten Fraktionskollegen ein und brachte zwar recht konfuse Rede, doch unter Vermeidung des Nordbegriffes seines Parteifreundes, in Franke, an den Mann. Besonders ärgert es ihn, daß die SPD in ihren Reihen einen Vorstehenden habe, der einmal erklärt habe, kein Vaterland zu haben, das Deutschland heißt; als ob diese Äußerung des Genossen Crispian nicht die größte Enttäuschung der Sozialdemokratie wäre. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm bezeichnete er als „Krampf“ und erklärte unter großen Gelächter,

der Vorlage natürlich zuzustimmen, die Steuererhöhung aber abzulehnen.

Durch das Zeitungsverbot — er meinte anheimelnd den „Schlesischen Beobachter“ — seien 350 Arbeiter (11) drohlos gemacht worden. Abg. Meißner-Waldenburg (Komm.) wandte sich gegen diese Sorte „Arbeitervertreter, deren Führer sich im Ausland dauernd mit den Vertretern der Agrarier und der Industrie unterhalten und Rücksichten von ihnen entgegennehmen. Der Wirtschaftsparteiler Krebs entwickelte eine ganz besondere Logik. Seiner Meinung nach werden die polnischen Landarbeiter nicht entbehrlich werden können, weil die großstädtischen Arbeiter nicht auf das Land gehen. An den heutigen Laken zeige sich das Resultat einer falschen Sparpolitik vor dem Kriege. Wenn damals die Mittel — zu intensiver Verstärkung der Wehrkraft bewilligt worden wären („Oh!“ bei den Soz.) hätte der Krieg vielleicht einen anderen Ausgang genommen.

Abg. Eisner forderte vor allem eine Frachtenentlastung für Schlesien und Graf Kaiserling (Dnat.) glaubte, die allerhöchste sittliche Gefahr in der großen Arbeitslosigkeit liegen zu müssen (Zuruf bei den Sozialdemokraten: „Wehr der Landarbeiter einstellen!), die nur durch Umstellung der Wirtschaftspolitik, vor allem durch Zurückdrängung der öffentlichen Wirtschaft behoben werden könne.

Genosse Wertschütz

setzte sich mit den Schiefheiten der verschiedenen Redner auseinander und stellte fest, daß man seitens der Bürgerlichen nicht durchblicken lassen, lieber für den Fortbestand der Kleinrentenlosigkeit zu sein, wenn dieses Verfahren ein paar Pfennige billiger ist. Die Sozialdemokraten verlangen jedenfalls, daß die Provinz baldigt an die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms herangeht, und weil eine halbprozentige Erhöhung der Provinzsteuer nur eine unwesentliche Hilfe bedeutet, fordern sie eine prozentige Steuererhöhung zu diesem Zweck. Abg. Lehmann (Soz.) bezeichnete im Schlußwort als Berichterstatter des Ausschusses die heutigen Wirtschaftsverhältnisse als Resultat der Politik der Vergangenheit, in der die heutige Deutschnationalen unumschränkt die Herrschaft hatten. Der Nationalsozialist sagte er, daß sie mit den 350 durch das Zeitungsverbot drohlos gemachten Arbeitern gewiß die Mehrheit hätten, aber nicht die die Zeitung herstellende Belegschaft gemein haben. Nachdem Abg. Thum (Dnat.) in seinem Schlußwort als Berichterstatter die recht fragwürdige Behauptung aufstellte, daß die Leute, die die wenigsten Steuern bezahlen, am liebsten die Erhöhungen bewilligten, wurde der

sozialdemokratische Abänderungsantrag abgelehnt,

der die Bereitstellung besonderer Mittel ohne jede Einschränkung verlangte. Angenommen wurde der Zentrumsantrag, der eine Abänderung der Provinzialauschussvorlage verlangte, im Etatsjahr 1930 nur eine halbprozentige Erhöhung der Provinzsteuer eintreten zu lassen. Mit dieser Abänderung wurde das Arbeitsbeschaffungsprogramm fast einstimmig verabschiedet. Das Plenum vertagte sich hierauf auf heute.

Aus Schlesien

Bergkatastrophe in Hindenburg

Wahrscheinlich neun Tote

Auf der Kontowidrigkeit in Hindenburg wurden gestern früh infolge eines Gebirgschlags, dem nach einer Viertelstunde eine Schlagschneeplosion folgte, zwölf Bergleute unter Tage verschüttet. Von ihnen sind bisher fünf — zwei Tote und drei Schwerverletzte — geborgen. Die übrigen sieben sind noch verschüttet; es besteht kaum Aussicht, sie lebend zu bergen.

Amlich wird mitgeteilt: Die Bergungsarbeiten sind beendet. Es sind acht Tote und drei Schwerverletzte zu beklagen.

Bestialische Zierschinderei

Zu dem in Nr. 104 unter dieser Ueberschrift erschienenen Notiz erhalten wir folgende berichtigende Zuschrift:

Es handelte sich um keine Einladung zu einer Fortsetzung seitens des Herrn Gutsbesizers Otte, sondern um eine vom Verein schlesischer Jäger zur Prüfung von Gebrauchshunden e. B. Breslau und Verein Deutsch-Drahthaar, Gau Schlesien, veranstaltete Verbandsjugendprobe, die in den Revieren Arnsdorf der Gutsbesizer Linke, Otte und Stief und Seer Dorf des Domänenpächters Schneider veranstaltet wurde. Die Prüfungen erfolgten nach den üblichen, behördlich zugelassenen Bedingungen für deutsche Jagdhundrasen, für Hunde, die 1929 gemessen wurden. Außerdem fand eine Probestunde vor der Stunde statt. Geprüft wurde nach der Ordnung für Verbandsjugendprüfungen; Fahrtenarbeit auf natürlicher Halmspur, Schärfe an Rasse oder Fuchs. Das wehrhafte Raubwild mußten die Prüflinge selbst stellen. Sollen Hunde zur Jagd hergerichtet werden, so darf es sich nicht vermeiden, daß die Tiere auf lebendes wehrhaftes Raubwild losgelassen werden. Ein Zerreißen der Tiere kommt dabei überhaupt nicht in Frage, sondern Tötung durch Genießbarkeit. Die liegninger „Volkszeitung“, der wir diese Notiz entnehmen, teilt mit, daß sie sich auf Hand der ihr vorgelegten Unterlagen von der Richtigkeit der hier wiedergegebenen Berichtigung überzeugt habe.

Habellshwerdt. Seine Ehefrau zu Tode gemartert.

Während eines Streites schlug der Maurer Josef Kelle mit wild auf seine Frau ein, schleifte sie durch die Stube und verlegte ihre Füßtritte in den Leib. Die junge Frau mußte nach dieser bestialischen Mißhandlung ins Krankenhaus Scheibe überführt werden und verstarb kurz nach der Entlieferung. Ihre Leiche wurde von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt und Kelle in Untersuchungshaft genommen.

Die Zahl der Wohlfahrtsarbeiten ist erneut gestiegen. Ende April fanden insgesamt 928 (Vormonat 865), Hauptamtliche Hilfe mit 1822 (1229) mit unterstützten Angehörigen in Lausitzer Fürsorge. Damit ist im April eine erneute Steigerung von 7,8 Prozent eingetreten.

Wasserstand

Kattbör.	13,5	12,8	12,8	
Wesche (Stadt)	1,27	1,40	Kanien (Unter-Bege)	2,74
Wesche (Land)	0,80	0,28	Dobornitz	1,01
Wesche (Land)	1,74	1,84	Wesche (Land)	1,21
Wesche (Land)	2,41	2,32	Härtenberg o. 12. 6.	1,18
Wesche	1,07	1,14	Wasserstände + 13. 6.	

Internationaler Bergarbeiterkongress Seitern Eröffnungstagung

Krautau, 12. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Am Montag wurde im Krautauer Rathaus der Internationale Bergarbeiterkongress eröffnet. Zu- sammt, der Generalsekretär des Polnischen Gewerkschaftsbundes, Stanczyk, der Vorsitzende des Polnischen Bergarbeiterverbandes sowie der Bürgermeister von Krautau begrüßten den Kongress.

Dejardin, der Präsident der Bergarbeiterinternationalen, schloß in seiner Eröffnungsansprache den bisherigen Kampf der Bergarbeiter um eine soziale Lösung des internationalen Kohlenproblems. Er betonte, daß das Vertrauen, das die Bergarbeiter in die Unparteilichkeit des Internationalen Arbeitsamts gesetzt hätten, gerechtfertigt worden sei. Der Rüstband, dessen Wirtschaftsabteilung sich mit den Arbeiterorganisationen nicht in Verbindung setzen wolle, habe sich

wenigstens dazu bequemen müssen, die Arbeitervertreter als ebenbürtig zu den Unternehmern und Regierungsbevollmächtigten zu den Verhandlungen zuzulassen. Man könne hier wenigstens von einem moralischen Erfolg der Bergarbeiter sprechen. Der Besserung der Weltwirtschaftlage auf dem Kohlenmarkt sei nunmehr eine neue Krisenperiode gefolgt. Die Bergarbeiter müßten daher nun erst recht ihre Anstrengungen zur Bekämpfung des internationalen Kohlenumpfs, das auf ihre Kosten durchgeschoben werde, verdoppeln. Mit einem Wort des Bedenkens über die Opfer der vielen Grubenkatastrophen der letzten Zeit schloß Dejardin.

Beteiligt sind auf dem Kongress 12 Länder. Bis jetzt sind 150 Delegierte anwesend; 50 davon stammen aus England, 20 aus Deutschland, 12 aus Frankreich und 10 aus Belgien.

Vorläufiges Ergebnis der Betriebsrätewahl im Reichsbahndirektionsbezirk Breslau Mißerfolg der KPD.

Der mit äußerster Schärfe geführte Wahlkampf um die Betriebsräte bei der Reichsbahn hat durch die gestrige Wahl seinen Abschluß gefunden. Die KPD-Zentrale hat in diesem Wahlkampf einen neuen Mißerfolg zu verzeichnen. Ihre Hoffnungen, mit Hilfe der Eisenbahner kommunistische Parteigänger zu machen, sind, soweit der Bezirk Breslau in Frage kommt, nicht in Erfüllung gegangen. Die großspürigen Prophezeiehungen sind nicht eingetroffen, im Gegenteil, bei verschiedenen Dienststellen ist sogar ein starker Rückgang des kommunistischen Einflusses, soweit man von einem solchen überhaupt reden konnte, festzustellen. Die Kommunisten haben lediglich in den drei ober-schlesischen Werkstätten eine größere Stimmenzahl auf sich vereinigt.

Sämtliche Gegner des Einheitsverbandes haben im Wahlkampf eine wüste Agitation gegen die freigewerkschaftlichen Betriebsräte entfaltet. Der Allgemeine Eisenbahner-Verband hat in gewohnter Grobheit und durch Vergewaltigung der Wahrheit auch in diesem Jahr den Vogel abgeschossen. So wurde von dieser Seite z. B. behauptet, daß die bisherige Betriebsrätemehrheit des Einheitsverbandes die Stilllegung der Werkstätten und die Entlassung der Hunderttausende von Eisenbahnern verschulde.

Die christliche GdE konnte dank der getenngezeichneten Agitationsmethoden und der kommunistischen Zerstörungsarbeit in einigen Dienststellen kleine Vorteile erzielen. Jedoch ist das Ergebnis noch nicht endgültig. Von den 310 Wahlstellen haben bisher 241 die Ergebnisse gemeldet. Danach erhielten bisher im Bezirk Breslau

Einheitsverband	11 116
A.E.B. (Kirch-Dunder)	1 657
GdE. (Christlich)	2 149
Kommunistische Opposition	2 450

Der Einheitsverband hat also weiter wie bisher die überwältigende Mehrheit auch im Bezirk Breslau. In den Betriebsbetriebsrat der R.B.D. Breslau wird der Einheitsverband 13, G.d.E. und Opposition je 2 und der A.E.B. 1 Vertreter entsenden. Zum Breslauer Betriebsbetriebsrat haben die Kommunisten in diesem Jahr zum ersten Mal eine eigene Liste. Erfolg: Die beiden bisher auf der Liste des Einheitsverbandes gewählten Kommunisten sind dort nicht mehr berücksichtigt worden und kehren auf eigene Liste wieder. Die ganze Spaltungsarbeit hat der KPD, auch nicht den geringsten Gewinn gebracht. Die Nutznießer dieser Schändlinge sind die Christen. Auf diesen Erfolg können Zentrosch, Chwalat und Genossen wirklich stolz sein.

Im dem Stimmenanteil der Opposition wird sich nichts mehr ändern, weil die großen Werkstätten, in denen die KPD vertreten ist, schon in dem Ergebnis enthalten sind. Dagegen wird der Einheitsverband durch die 70 noch ausstehenden Wahlstellen seine Stimmen noch gewaltig steigern können.

Ost-Konferenz der Gewerkschaften

Am 17. und 18. Mai 1930 findet in Schneidemühl eine Ostkonferenz der Gewerkschaften der Ost- und Niederschlesien, Brandenburg-Grenzmark, Pommern und Ostpreußen statt.

Die Konferenz ist einberufen, um die Stellung der Gewerkschaften zu dem gesamten Ostprogramm und insbesondere zu dem Ostprogramm der Regierung festzulegen. Die Gewerkschaften sind als Wirtschaftsorganisation an all den Fragen lebhaft interessiert. Die Ostkonferenz soll deshalb ankündigen, daß die Gewerkschaften bei der Durchführung des Ostprogramms direkt mitbeteiligt werden.

Insbesondere wird sich die Konferenz auch mit dem Deutsch-polnischen Handelsvertrag und mit dem Auslandsdeutschtum im Osten Europas beschäftigen.

Schiedspruch für die mittel-deutsche Metallindustrie

Halle, 12. Mai. (Eigener Drahtbericht.)
Für die mitteldeutsche Metallindustrie ist zur Beilegung der Arbeitszeit ein Schiedspruch gefällt worden, der eine Kürzung von 15 Minuten um eine Stunde täglich macht. Dieser Beschluß der Arbeitszeitabkommen, wonach im Verhältnis mit der Betriebsverwaltung die Arbeitszeit von 48 auf 52 Stunden verlängert werden dürfte, wenn durch Abschließung von Arbeiter nicht der gleiche technische und wirtschaftliche Nutzen erzielt werden könnte. Dieser Beschluß war vom Deutschen Metallarbeiterverband zum 30. April geschlossen worden.

Angeichts der gegenwärtigen riesenarbeitslosigkeit bedeutet der Schiedspruch nur ein mageres Zugeständnis. Er dürfte kaum die Zustimmung der Metallarbeiter finden.

Tariffreit im Kölner Friseurgewerbe

Köln, 12. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Im Kölner Friseurgewerbe ist es zu einem Tarifkonflikt gekommen. Der Tarifvertrag wurde von den Arbeitgebern gekündigt. Die Innung verlangte einen Lohnabbau um 10 Prozent und eine Urlaubskürzung auf 4 Tage. Die Arbeitnehmer forderten Lohnverbesserung und günstigere Gestaltung des unzulänglichen Urlaubs. Ein Schiedspruch, der die Verlängerung des alten Tarifvertrags vorschlug, wurde von beiden Seiten abgelehnt.

Die Benachteiligung der Landarbeiter in der Unfallversicherung

tritt in dem jetzt erschienenen Jahresbericht des Reichsversicherungsamtes für 1929 wieder einmal recht drastisch in Erscheinung. Es wird darin festgestellt, daß von den gewerblichen Berufsgenossenschaften an Entschädigungen 239 332 000 Mark und von den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften 66 910 000 Mark gezahlt wurden. Dabei ist in Betracht zu ziehen, daß die Zahl der bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften festgestellten erstmalig entschädigten Unfälle nur 73 589, bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften dagegen 85 558 Mark beträgt.

Der Landarbeiter wird, wie man sieht, auch in der Unfallversicherung als Mensch mit geringeren Bedürfnissen eingeschätzt.

Die Ursachen der Arbeitslosigkeit Die Wirkung der Rationalisierung

In dem jetzt eben veröffentlichten Geschäftsbericht des J. G. Farben-Konzerns wird mitgeteilt, daß im Jahre 1929 der gleiche Umsatz und die gleiche Produktion erzielt wurde wie im Jahre 1928, die Belegschaft des Konzerns aber von 154 596 auf 131 753 Arbeiter und Angestellte herabgesetzt wurde.

Dieser Geschäftsbericht des finanziell leistungsfähigsten Konzerns zeigt eine der wesentlichsten Ursachen der deutschen und der internationalen Arbeitslosigkeit auf. Die Arbeitnehmerschaft, die in dieser Zeit so außerordentlich schwer unter der Arbeitslosigkeit zu leiden hat, den Millionen Arbeitslosen, die am Verzweifeln sind und nach Wegen aus diesem Elend der Arbeitslosigkeit suchen, ist gegenwärtig nichts so wichtig wie die Frage, wie ihnen Arbeit und Brot gegeben werden kann.

Im die überaus schwierige Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit können wir aber erst dann mit Erfolg herangehen, wenn wir ein ganz klares Bild über die Ursachen der Arbeitslosigkeit haben. Neben mangelhafter Teilercheinungen, die besonders in Deutschland die Arbeitslosigkeit noch verschärfen, sind es drei wesentliche Hauptgründe, die die außerordentliche Wirtschaftskrise in den Industrieländern hervorgerufen haben.

Der erste dieser drei Hauptgründe ist die Tatsache, daß besonders für die europäischen Industrieländer durch den Weltkrieg die Absatzmöglichkeiten für industrielle Produkte auf dem Weltmarkt wesentlich geringer geworden sind. Während der vier Jahre des Kriegswahnsinn ist in Europa nur für Krieg und Werrichtung produziert worden; die Wälder in dem einst nichtkapitalistischen Raum, die von 1914 keine oder wenig industrielle Produktion hatten, die all ihre industriellen Produkte von den europäischen Industrieländern bezogen, sind während des Krieges, wo alle Lieferungen aus Europa ausblieben, gezwungen und veranlaßt worden zum Aufbau eigener Industrien, die im und nach dem Kriege sich in einem so außerordentlichen Tempo entwickelt haben, daß die Absatzmöglichkeiten der europäischen Industrieprodukte auf dem Weltmarkt ganz außerordentlich verringert wurden. Eine Tatsache, die auf die Beschäftigungsmöglichkeit für die europäischen Industriearbeiter nicht ohne Wirkung bleiben konnte.

Der zweite der allgemeinen Gründe für die Arbeitslosigkeit ist die stets Bevölkerungszunahme und der dauernde Zustrom neuer Arbeitskräfte in die Industrie. Nach den Feststellungen des Instituts für Konjunkturforschung waren in Deutschland im Jahre 1929 rund 2 Millionen Arbeitskräfte mehr zur Verfügung als im Jahre 1925.

Der dritte Grund für die Arbeitslosigkeit ist die Rationalisierung, die nach den amtlichen Feststellungen des Instituts für Konjunkturforschung in den letzten vier Jahren allein in Deutschland rund 2 Millionen Arbeitskräfte aus den Betrieben herausgemornt hat. Trotz der Verzerrung der beschäftigten Arbeitskräfte um 2 Millionen ist die Menge der von den im Jahre 1929 noch in den Betrieben verbliebenen Arbeitern erzeugten Produkte um etwa 50 Prozent höher als im Jahre 1925.

Wie im einzelnen die Rationalisierung sich ausgewirkt hat, davon gibt ein treffendes Bild die an die Spitze dieses Artikels geführte Meldung über die Belegschaftsverminderung im J.G.

Wenn nur die Landwirte über die Berechnung der Unfallrenten zu bestimmen hätten, brauchte man sich nicht zu wundern, daß den Agrariern ist alles, was nach Fürsorge für den Arbeiter aussteht, ein Grauel. Die Berechnung wird jedoch durch die Reichsversicherungsordnung geregelt und über diese entscheidet der Reichstag. Ewig kann er nicht dieses Wesen mit zweierlei Maß dulden.

Der Arbeiterschutz in den Uebersee-Gebieten

Redet noch arg in den Kinderstufen. So sind für das große Gebiet von niederländisch Bornéo - Bata - Kombot und Molukken ganze zwei Gewerbeinspektoren tätig, d. h. also für ein Gebiet, das ein Vielfaches der Größe Deutschlands ausmacht und nur über sehr primitive Verkehrsmittel verfügt.

Der Streit im Cannstatter Ziegelwerk Hüfer hat mit einem vollen Erfolg für die Belegschaft geendet. Der Streik ist ihr Vorhaben, die Arbeiter mit Hilfe von auswärtigen Ziegellern zu drücken, nicht gelungen. Bei Neueinstellungen muß die Firma auf die insolge der Betriebseinschränkung entlassenen Arbeiter zurückgreifen. Betriebsfremde Arbeiter dürfen erst eingestellt werden, wenn keine Entlassenen mehr zur Verfügung stehen.

Zwischen den dänischen Brauereien und Brauereiarbeitern ist ein neues Lohnabkommen abgeschlossen worden. Danach wird der Wochenlohn der Arbeiter um 3 bis 5 Kronen und der Zuschlag für Ueberarbeit um 25 Prozent erhöht.

Betriebsrätekonferenz der Textilarbeiter

Am 11. Mai hatten Breslau die Betriebsratsmitglieder der Textilbetriebe der Millale Breslau zu einer Konferenz im Gewerkschaftshaus Breslau, Margaretenstraße 17, versammelt, in welcher der Gauleiter Kollege Otto Fritsch sowie der Gauleiter Kollege Adolf Drieschner aus Legnitz als Referenten erschienen waren.

Kollege Drieschner sprach in Form einer Arbeitsgemeinschaft die wichtigsten Paragraphen des Betriebsrätegesetzes, der Gewerbeordnung, des Bürgerlichen Gesetzbuches sowie der Artikel 165 der Reichsverfassung. Sehr wichtig war die Belehrung durch Fragen und Antwort über das Verhalten der Betriebsräte gegenüber den Arbeitgebern, ferner die Aussprache über den Begriff „Mitwirkung“, über die Vorschriften der Betriebsratsbeschlüssen, über das Einspruchsverfahren der Arbeiter beim Betriebsrat, über die einzelnen Fristen bei Klagenprüchen, über Rechte des Betriebsrates im Aufsichtsrat, über das Betriebsrisiko und über die Rechte der Arbeiterschaft bei veränderter Arbeitszeit. Am Schluß dieser Arbeitsgemeinschaft konnte der Geschäftsführer Kollege Güttler noch auf besondere Fälle hinweisen, die sich vor kürzerer Zeit in der Stabellwiger Kammmaschinen- und Spinnerei zugetragen haben. Daraus ergab sich, daß der Betriebsrat bei Festsetzung von Strafen stets gehört werden muß. Es wurde ganz besonders darauf hingewiesen, daß alle Beschäftigten der Textilbetriebe bei irgendwelchen Bestrafungen oder Entlassungen in jedem Falle beim Betriebsrat Einspruch erheben, damit dieser die Möglichkeit hat, nachzuprüfen und in einer dazu bestimmten Betriebsratsitzung seine Entschädigung fällen kann.

Im zweiten Punkt behandelte Kollege Fritsch die Frage „Funktionäre und Gewerkschaftsarbeit“. In sehr instruktiver Belehrung zeigte Kollege Fritsch, was ein Funktionär ist, wie er Arbeiter für den Verband sein kann und welche Aufgaben im allgemeinen dem Funktionär des Verbandes gestellt sind. Der anwesenden 51 Funktionären wurde viel Material zur Mitarbeit in die Hand gegeben. Um 13 Uhr wurde die Konferenz beendet.

Farbenkonzern. Rund 23 000 Arbeiter sind allein von diesem Konzern im Jahre 1929 auf die Straße geworfen worden, ohne daß sich dadurch die Menge der von dem Konzern erzeugten Produkte vermindert hätte. Die Zahlen des J.G.-Farbenkonzerns sollen durch einige weitere Feststellungen ergänzt werden.

Die Horschwerke in Zwidau produzierten im September 1929 mit einer Belegschaft von 2259 Arbeitern und Angestellten 134 Automobile im Monat; im April 1929 aber mit einer Belegschaft von 2389 Arbeitern und Angestellten 330 Wagen im Monat. Bei den NSU in Neckarsulm, dem Hauptproduzenten für Motorräder, wurden im Jahre 1924 mit einer Belegschaft von 3500 pro Tag 40 Motorräder und 4 Automobile hergestellt. Im Jahre 1930 wurden dort mit einer Belegschaft von 1900 pro Tag 120 Motorräder und 17 Automobile hergestellt.

Die AEG hat nach ihrem Geschäftsbericht ihren Umsatz, d. h. also ihre Produktion im Jahre 1929 um 15 Prozent gegenüber dem Jahre 1928 gesteigert. Die Belegschaft der AEG ist aber in der gleichen Zeit um 50 000 auf 55 000 herabgesetzt worden. Bei dieser Feststellung muß beachtet werden, daß die AEG schon im Vorjahre ihre Belegschaft um 15 000 herabgesetzt hat.

Der „Oesterreichische Metallarbeiter“ berichtet von einer Glühlampenfabrik, in der vor der Rationalisierung im Jahre 1922 900 Arbeiter beschäftigt waren, die in der Stunde je 285 Glühlampen herstellten. Nach der Rationalisierung im Jahre 1927 waren in der gleichen Fabrik nur noch 231 Arbeiter beschäftigt, die aber pro Stunde jetzt je 1193 Glühlampen herstellen. Drei Viertel der ursprünglichen Belegschaft ist brennend gemordet worden, das übrig gebliebene Viertel aber stellt heute viermal soviel Glühlampen her als die ursprüngliche Gesamtbelegschaft.

Diese unwiderleglichen Zahlen sprechen lauter, sie weisen aber auch darauf hin, daß die heutige Wirtschaftskrise und die heutige Arbeitslosigkeit schon allein darum keine vorübergehende Erscheinung ist, weil die Rationalisierung noch nicht abgeschlossen ist, weil das Tempo der Rationalisierung in der nächsten Zeit vielleicht noch ein stärkeres wird. In dieser kapitalistischen Gesellschaft ist die Rationalisierung zum Glück für die Arbeiterschaft geworden; die Tatsache, daß durch den wirtschaftlichen Fortschritt der Technik mit weniger Menschen mehr produziert werden kann, zwingt zu der aus dieser Tatsache sich logisch ergebenden Forderung, dem Arbeiter einen größeren Anteil an dem von ihm erzeugten Produkt zu geben, d. h. eine Kürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne. Erfolgreicher Kampf um diese notwendigen Forderungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird aber (wie uns gerade das amerikanische Beispiel zeigt), nur vorübergehende Maßnahmen und keine dauernde Lösung der Wirtschaftskrise bringen.

Dauernde Lösung der Wirtschaftskrise, dauernde Verbindung dieser drückenden Arbeitslosigkeit ist nur möglich nach dem Sturz dieser widerwärtigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Die klare Erkenntnis der Ursachen dieser grauenvollen Arbeitslosigkeit zwingt uns mehr denn je zu dem grundsätzlichen Kampf gegen den Kapitalismus, zur Mobilisierung der Massen gegen das an dem heutigen Elend schuldige kapitalistische System für den Sieg des Sozialismus. M. G. S. e. d. M. f.